

II-706 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

23.6.1967

305/A.B.

zu 294/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Landesverteidigung Dr. P r a d e r
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. F i r n b e r g und Genossen,
betreffend Ersatzdienst für Präsenzdienstpflichtige.

-.--.-.-

In Beantwortung der in der Sitzung des Nationalrates am 17. Mai 1967
überreichten an mich gerichteten Anfrage Z. 294/J-NR/67 der Abgeordneten
zum Nationalrat Dr. Hertha Firnberg, Franz Steininger und Genossen, be-
treffend Ersatzdienst für Präsenzdienstpflichtige, beehre ich mich fol-
gendes mitzuteilen:

Die gegenständliche an mich gerichtete Anfrage gründet sich auf
die Resolution des Arbeiter-Samariter-Bundes Österreichs vom 9. April 1967,
in der an den Gesetzgeber die Forderung gerichtet wird, die Schaffung der
Möglichkeit eines Ersatzdienstes in einer freiwilligen Hilfsorganisation
anstelle des Wehrdienstes zu erwägen. Diese Resolution wurde allen Abge-
ordneten zum Nationalrat sowie allen Mitgliedern des Bundesrates über-
mittelt.

Daraus ergibt sich, daß der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs
hinsichtlich der Schaffung der Möglichkeit eines zivilen Ersatzdienstes
einen Gesetzgebungsakt im Auge hat. Sonach hat die an mich gerichtete
Anfrage keinen Gegenstand der Vollziehung sondern einen solchen der Gesetz-
gebung zum Inhalt. Ich darf daher unter Bedachtnahme auf § 70 des Bundes-
gesetzes betreffend die Geschäftsordnung des Nationalrates, BGBl.Nr. 178/1961,
von der Beantwortung dieser Anfrage Abstand nehmen. Der Vollständigkeit
halber stelle ich fest, daß Angelegenheiten eines allfälligen Ersatz-
dienstes in einer freiwilligen Hilfsorganisation anstelle des Wehrdienstes
nicht ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für
Landesverteidigung fallen, sondern den Wirkungsbereich mehrerer Bundes-
ministerien berühren würden.

-.--.-.-